

Die Abschaffung der Hacklerregelung - Verrat an den Leistungs- trägern dieses Landes

Liebe Gleisdorfer, liebe Gleisdorferinnen!

Es gibt Vorgänge in diesem Land, die kann man nicht unkommentiert hinnehmen, ja, die zwingen geradezu dazu, aufzuzeigen und sich dagegen zur Wehr zu setzen.

So ein denkwürdiger Tag war der 20.11.2020, an dem unter Federführung der Abgeordneten der **ÖVP-Grünen Bundesregierung** im Nationalrat die **Hacklerregelung zu Grabe getragen** wurde. Das dies auf Wunsch der Bevölkerung erfolgt, kann getrost verneint werden. Dies geschieht auf Wunsch der, wie es so schön heißt, „Wirtschaft“. Jener Wirtschaft, die seit Jahr und Tag so gut wie alles, was dem Wohl und der Versorgung der Bevölkerung dient, am liebsten abschaffen und einsparen würde. Der akute Mangel an Betten in den Krankenhäusern, wie er gerade jetzt schmerzlich zu spüren ist, ist auch darauf zurück zu führen, dass eben aus jenen „Wirtschaftskreisen“ immer wieder die Forderung zu hören war, das Gesundheitssystem sei zu teuer. Aber das nur am Rande.

Die sog. **Hacklerregelung ermöglichte** bislang, nach **45 Versicherungsjahren ohne Abschläge in Pension zu gehen**, auch wenn das gesetzliche Pensionsalter noch nicht erreicht war. Das heißt, wer als Leistungsträger in diesem Land 45 Arbeitsjahre auf dem Buckel hatte, konnte sich in die wohlverdiente Pension verabschieden. Was daran verwerflich ist, muss einem erst einmal jemand erklären.

Die von der ÖVP-Grünen Bundesregierung angekündigte (Im Ankündigen übertreffen diese Herr- und Frauschaften alles bislang Dagewesene!) Ersatzlösung mit dem Pensionsbonus von max. € 60,00 für Arbeit in jungen Jahren ist eine Farce und kann getrost unter die Rubrik „Almosen“ subsumiert werden. Hätte man die Benachteiligung unserer weiblichen Mitbürger mildern wollen, hätte man dafür ja eine separate Regelung finden können. Die Abschaffung der Hacklerregelung wäre dafür keine Voraussetzung und Notwendigkeit gewesen.

Verantwortlich für diese **gegen die eigene Bevölkerung gerichtete Politik**, sind letztlich



jene, die im Nationalrat dafür stimmten. Hier steht aus Gleisdorfer Sicht natürlich ganz besonders unser **Bürgermeister** und **Nationalrat Christoph Stark** im Mittelpunkt. Jener Bürgermeister, der noch großspurig angekündigt hatte, nach Wien zu gehen und dort für die Interessen der Gleisdorfer zu kämpfen. Ja, für welche Interessen nun wirklich? Für die Interessen von Frau und Herrn Gleisdorfer, oder doch für die Interessen der zahlreichen Großspender aus Industrie und den sog. „oberen Zehntausend“, denen der Großteil des im Lande von den Hacklern erwirtschafteten Wohlstandes zufällt? Hat unser Bürgermeister vergessen, dass er und sein Dasein selbst vom Steuerzahler und damit von den Hacklern in diesem Land finanziert wird? Und zwar, auch dies muss einmal erwähnt werden, nicht zu bescheiden. Für seine **Tätigkeit als Bürgermeister und Nationalrat kassiert Christoph Stark über € 17.000 im Monat!!!** Geniert er sich nicht, bei diesen Bezügen den Hacklern ihre meist sowieso nicht üppige ASVG-Pension zusammenzustreichen und sie mit Almosen abzuspeisen?

Die schwarz-grüne Bundesregierung und damit auch Bürgermeister Stark als deren Abgeordneter haben bewiesen, dass sie für die Bevölkerung außer Einschränkungen, **gesetzeswidrigen Verordnungen** und Almosen nichts übrig haben. Während das Füllhorn über den Unternehmen ausgeschüttet wird, bleiben für Arbeitslose und jene, die in der gegenwärtigen Krise an ihren Arbeitsplätzen in einer schwierigen Situation ihren Mann und ihre Frau stehen, nur Krümel, für die sie sich wohl auch noch artig bedanken sollen.

Wir Freiheitliche meinen, dass **Corona** kein **Vorwand** sein darf, die soziale **Absicherung der Bevölkerung** zu **demontieren**. Wir fordern, dass wieder Politik für die Bevölkerung gemacht wird. **Und wir verlangen, dass 45 Betragjahre genug sein MÜSSEN für einen vollen Pensionsanspruch.**

Ihr



GR StPO Harald Lembacher

